

Helfen statt reden - DIE LINKE. bürgernah, sozial und für Frieden!



Das Haus der Jugend ist Zukunftsmusik

Das Haus der Jugend ist ein Projekt, das fraktionsübergreifend von mindestens drei Fraktionen gewollt ist und zwar in dieser Wahlperiode! Grüne und SPD haben es sich sogar in ihre Zählvereinbarung geschrieben, um es nicht zu vergessen. Das alles soll heute keine Gültigkeit mehr haben. Die Wählerinnen und Wähler werden getäuscht und erst recht die Jugendlichen von Potse und Drugstore, die damit ausgebremst werden sollen, in der möglichen Erwartung, dass sie nach 10 Jahren vielleicht aufgeben.

Nachdem seit Ende 2018 die Potsdamer Straße 180 für die selbstverwalteten Jugendeinrichtungen Drugstore und Potse als Einrichtung vom Bezirksamt nicht mehr gemietet wurde, ist es umso dringlicher, dass das Haus der Jugend endlich fertig wird. Aber offensichtlich geht es dem Bezirksamt dabei nicht um den Bedarf, sondern insgesamt erstmal darum, noch andere Nutzungen auf dem Gelände zu ermöglichen. Es geht um Wirtschaftlichkeit und die optimale Ausnutzung des Geländes. Wirtschaftlichkeit, ja, jedoch darf nicht auf Kosten der Jugendlichen verzögert und gekürzt werden. Denn diese Vorgehensweise verlangsamt, neben anderen Gründen, auch die Umsetzung des Hauses der Jugend. Es ist zu befürworten, wenn noch andere soziale Nutzungen auf dem 6000 qm großen Gelände ihren Platz finden. Dafür gebe es derzeit eine weiterführende Bedarfsabfrage in den anderen Fachabteilungen des Bezirksamts, so Stadträtin Schöttler (SPD) bei der Beantwortung der Großen Anfrage (Drs. 382) von DIE LINKE.

Erst danach wird der Bebauungsplan erstellt und mögliche Investitionsmaßnahmen, abhängig von den Finanzoptionen, entwickelt, was über fünf Jahre dauern wird. Aber damit steht noch kein einziges Gebäude. „Diese Vorhaben, die klar durch die jugendbezogenen Nutzungszwecke definiert waren, sind in der jetzigen Planungsphase ...deutlich geändert worden.“ Neben der zeitlichen Verzögerung ist bei den angedachten Änderungen durchaus Argwohn angebracht. Insbesondere unter dem Aspekt der lauten Nutzungen, die für die autonomen Einrichtungen unabdingbar sind. Da darf es keine Nutzungskonflikte geben, das muss bei der Planung beachtet werden, sonst wäre es eine weitere Täuschung von Potse und Drugstore. Das Haus der Jugend könnte und müsste als Solitär gebaut werden, da der Bedarf schon sehr, sehr lange da ist und immer weiter nach hinten verschoben wird. Die Verzögerungen in der Umsetzung reißen sich ein in die versprochenen Maßnahmen nach Räumlichkeiten für Drugstore, in der Potsdamer Straße 134-136, wo man nach vier Jahren immer noch nicht von einem Einzug sprechen kann. Aber auch die Suche nach Räumen für die beiden selbstverwalteten Jugendeinrichtungen, in denen eine laute Nutzung möglich ist, ist gescheitert. Potse in der Alten Zollgarage kann bis heute keine lauten Nutzungen durchführen und ihre Aufenthaltsdauer ist ungewiss. DIE LINKE wird weiterhin, auch über den Landesparteitag darauf drängen, dass Potse und Drugstore endlich zum Zuge kommen.

Elisabeth Wissel

BVV am 14. Dezember 2022

Öffentliche Toilette muss weichen

Zu einer Mündlichen Anfrage von DIE LINKE, zur Richtigkeit der vor Monaten aufgestellten öffentlichen Toilette neben der Silaskirche, die zum Ort der Verwahrlosung wurde, rechtfertigte sich Bezirksstadträtin Ellenbeck (Grüne), dass dies dennoch eine richtige Entscheidung gewesen sei. Als Affront gegen die Silasgemeinde und offensichtlich nicht vorhandener Kenntnis der sozialen Gemengelage vor Ort, wurde diese Entscheidung am Schreibtisch getroffen. Direkt neben dem Crelle-Wochen-Markt, den DIE LINKE mit einem Antrag 2021 u.a. zur Benennung nach Lucie Leydicke aufgewertet haben wollte, entschied die Grüne Stadträtin diesen Standort als geeigneten Platz. Obwohl die Vertreter der Silasgemeinde bei der Standortbestimmung nicht einbezogen waren, können sie nun die geplante Umsetzung bewirken, was im Nachhinein als kleiner Erfolg, auch für die sich beschwerenden Anwohnenden, gewertet werden kann.

Unterbringung Geflüchteter in unserem Bezirk wird immer schwieriger

In den Tempohomes am Columbiadam auf dem Tempelhofer Feld leben derzeit 806 Geflüchtete, davon 170 Familienverbände und 100 Einzelpersonen, so die Antwort auf die Mündliche Anfrage von DIE LINKE, von Bezirksbürgermeister Oltmann (Grüne), nach dem Stand der Belegung. Erwartet werden auch weitere 840 Belegungen, in den Hangars 2 und 3, die bis Jahresende zur Verfügung stehen sollen. Hinzu kommen möglicherweise noch „Leichtbauhallen auf Freiflächen, auf Parkplätzen am Columbiadam und am Tempelhofer Damm“, dies würde derzeit noch geprüft. Schlimm ist, dass bei den Tempohomes die neue erforderliche Trinkwasserleitung noch nicht fertiggestellt wurde, denn derzeit ist das schadstoffbelastete Wasser nicht nutzbar. Ein weiteres Problem

ist die Beschulung von Kindern der Geflüchteten am Tempelhofer Feld, wobei schon die Nachbarbezirke um Unterstützung gebeten wurden. Insgesamt 41 Kinder sind auf Wartelisten für die Beschulung notiert. Das Bezirksamt sucht händelnd nach Lösungen, die jedoch nicht in Aussicht stehen.

Nachhaltige Gewerbeentwicklung in der Motzener Straße gefährdet

Dazu stand eine Große Anfrage von DIE LINKE auf der Tagesordnung, die jedoch aus zeitlichen Gründen schriftlich beantwortet wurde. Das neue hinzugekommene Gewerbe ist kein produzierendes Unternehmen und wird somit dem Anspruch des Netzwerks Motzener Straße in keiner Weise gerecht und konterkariert eher die Ziele. Das Bezirksamt bewertet die Ansiedlung als zulässig, es hätte jedoch eine andere Nutzung präferiert. Da die Standort-Erteilung für das Logistikunternehmen eine privatwirtschaftliche Vereinbarung gewesen sei, habe das Bezirksamt keinen Einfluss nehmen können, so Stadträtin Schöttler (SPD). Die Ansiedlung eines Logistikunternehmens im Gewerbegebiet in der Motzener Straße in Marienfelde sieht DIE LINKE, wie auch das ansässige Unternehmensnetzwerk als nicht förderlich für eine nachhaltige Gewerbeentwicklung. Des Weiteren wird durch dieses Unternehmen die Verkehrsbelastung zunehmen, dies wird jedoch von Frau Schöttler relativiert: Ein Gutachten „kommt zu dem Schluss, dass die Mehrbelastungen durch das Logistikzentrum im Verkehrssystem aufgenommen werden können.“

DIE LINKE findet, dass es u.a. bei der Gewerbeentwicklung eine bessere Regelung mit dem Bezirk geben müsse, um Fehlentwicklungen zu verhindern.

Elisabeth Wissel

BVV am 18. Januar 2023

Sozialamt steht in der Kritik

Ob der Datenschutz im Sozialamt gewahrt werde, wollte die SPD mit ihrer Mündlichen Anfrage von Stadtrat Steuckardt (CDU) erfahren. Tatsächlich sind die baulichen Gegebenheiten vor Ort nicht geeignet für eine Beratung der Hilfesuchenden: „da die räumlichen Bedingungen dies im Erdgeschoss

aktuell nicht anders zulassen.“ Geplant sei jedoch ein Umbau, so der Stadtrat. Gefragt wurde auch nach der Erreichbarkeit der Sachbearbeiter:innen, da erfolgte jedoch lediglich eine pauschale Antwort, mit der Nennung der Zeiten der Erreichbarkeit.

Fortsetzung auf Seite 3

Helfen statt reden - DIE LINKE. im Rathaus ist für Sie da!



Katharina Marg

*katharina.marg[at]
linksfraktion-ts.de*



Harald Gindra

*harald.gindra[at]
linksfraktion-ts.de*



Dr. Christine Scherzinger

*christine.scherzinger
[at]linksfraktion-ts.de*



Martin Rutsch

Stellvertretender
Fraktionsvorsitzender
*martin.rutsch[at]
linksfraktion-ts.de*



Elisabeth Wissel

Fraktionsvorsitzende
*elisabeth.wissel[at]
linksfraktion-ts.de*
Tel: 0170 92 69 905

Auch DIE LINKE stellte zur Problematik Sozialamt eine Mündliche Anfrage, da in letzter Zeit gehäuft Unmutsäußerungen über die Zustände vor Ort an uns herangetragen wurden. Die mitgeteilte Erfahrung von Betroffenen bzgl. Erreichbarkeit des zuständigen Sachbearbeiters, oder Sachbearbeiterin sei für die Betroffenen derzeit unzumutbar. Es sei eher Glückssache, jemanden telefonisch vom Amt für einen regulären Termin zu erreichen, und in der Notfallsprechstunde gebe es eine Abfertigung ohne Distanz, in einem kleinen Raum mit mehreren Menschen am Schalter. Stadtrat Steuckardt versuchte die Umstände vor allem mit „der angespannten Personallage“ zu erklären, dass „die telefonische Erreichbarkeit in der Praxis nicht immer gewährleistet“ sei. Das ist allerdings kein Trost und auch keine Hilfe für die Menschen, die meist in dringenden Angelegenheiten das Amt aufsuchen müssen. Es gab auch jede Menge direkte Beschwerden in den letzten 12 Monaten ans Amt, so Stadtrat Steuckardt, die leider in der Anzahl und thematisch nicht erfasst wurden. Eine Besserung der Zustände wird von ihm auf die Zukunft verschoben: „An der Wahrnehmung der Kunden wird sich vor allem dann etwas ändern, wenn das Amt personell und auch technisch gut ausgestattet ist.“ DIE LINKE findet, angesichts der Not der Hilfesuchenden, die Bedingungen für sie

unerträglich und nicht akzeptabel. Das Sozialamt muss seiner Pflicht der Verlässlichkeit nachkommen und das ist in vielen Fällen nicht gewährleistet.

Leerstand trotz Wohnungsnot

In der Stubenrauchstraße 3 in Schöneberg stehen neun Wohnungen leer, bei denen es der Eigentümer bisher nicht geschafft hat, sie ordnungsgemäß dem Wohnungsmarkt wieder zuzuführen. Die Antwort auf die Mündliche Anfrage von DIE LINKE gab der zuständige Stadtrat Steuckardt (CDU), wobei bei den Wohnungen allerdings eine Leerstands-Genehmigung bis Ende letzten Jahres vorlag. Inzwischen aber habe der Eigentümer eine „Wohnzuführungsanordnung“ mit Zwangsgeldandrohung bei nicht Einhaltung einer Frist bekommen. Es bleibt zu hoffen, dass das Amt mit der Rückführung in den Wohnungsmarkt genauso erfolgreich wie in den letzten Jahren ist. Seit Einführung des Zweckentfremdungsverbots konnten im Bezirk 4096 Wohnungen, Spitzenwert unter den Bezirken, auf Druck des Amtes wieder dem Wohnungsmarkt zugeführt werden.

Elisabeth Wissel

Büro und Erreichbarkeit

im **Rathaus Schöneberg:**
John-F.-Kennedy-
Platz 1,
10825 Berlin
Raum 2115

Tel:
030 /90 27 74 898
(Neu:
030 26 59 34 86)

E-Mail: *kontakt[at]
linksfraktion-ts.de*

Sprechstunde:
Mittwochs
15 - 17 Uhr

Stand der Verhandlungen: Galeria Karstadt am Tempelhofer Damm

Die Warenhauskette Karstadt und Kaufhof fusionierten erst Ende Dezember 2019 mit einem Integrationstarifvertrag und einer Laufzeit bis 2024. Es sollte Planungssicherheit für Unternehmen und Mitarbeiter geschaffen werden. Aber vor etwa einem halben Jahr entstand erneut die Unsicherheit, ob das Kaufhaus bleibt. Nach Medienberichten war das Kaufhaus Galeria Karstadt in Tempelhof in akuter Gefahr, geschlossen zu werden.

DIE LINKE stellte daher in der letzten BVV eine Große Anfrage um zu erfahren, was an den Gerüchten dran ist. Wir wollten daher wissen, wie sich das Bezirksamt für den Standort einsetzt, denn wir sind stark daran interessiert, dass das beliebte Kaufhaus erhalten bleibt.

Bezirksbürgermeister Oltmann (Grüne) hatte demnach, nach seiner Antwort, mehrere Gespräche mit der geschäftsführenden Vertretung von Karstadt in den letzten Wochen. Zu erfahren war, dass inzwischen der Eigentümer der SIGNA-Gruppe und Galeria Karstadt den ILO („Letter of Intent“), über den Erhalt von Warenhausstandorten, geschlossen mit dem Land Berlin, nun auch für den Tempelhofer Damm zugesagt hat. In diesen Vereinbarungen hat sich Karstadt verpflichtet, in den Standort zu investieren.

Erst im Januar 2022 wurde das milliardenschwere Unternehmen des österreichischen Investors Rene Benko mit 220 Mio. gestützt, obwohl 2021 schon ein Kredit in Höhe von 460 Mio. an das Unternehmen vergeben wurde. Diese finanziellen Zusagen vom Senat waren letztendlich für ein Umdenken des Eigentümers ausschlaggebend, Standorte in Berlin beizubehalten. Es müsse am Tempelhofer Damm vor allem auch modernisiert werden, so Bezirksbürgermeister Oltmann, da sonst „die Erfolgsfaktoren Stammkundschaft und Beratungskompetenz nachhaltig gefährdet“ seien. Darunter ist u.a. eine Zusammenarbeit mit

lokalen Partnern wie „beispielsweise Concept Stores, die in die Flächen integriert werden könnten“, zu verstehen. Dies wäre allerdings eine gravierende Veränderung des jetzigen Konzepts von Karstadt, das sich noch bewähren müsste. Aber wichtig ist erst mal, dass Karstadt in Tempelhof bleibt, wenn auch in einem „Schutzschirmverfahren“ bis 2025 angestrebt war. 2020 wurde angestrebt, den Betrieb des Warenhauses für mindestens 10 Jahre zu sichern.

Nicht nur die Tempelhofer, sondern auch die Beschäftigten, die Zulieferer und die kleinen Gewerbetreibenden in der Nähe wollen, dass Galeria Karstadt fortbesteht. Ein weiteres Ladensterben bliebe, ohne Karstadt, vermutlich unausweichlich. Auch wenn Viele während der Coronazeit Waren eher online bestellten, ist der Trend zum Teil wieder rückläufig. Die Menschen wollen in ihrem Kiez einkaufen können, und nicht an leeren Läden entlang flanieren.

Es wäre außerdem unverantwortlich und ein Skandal für das Unternehmen, erst Millionen-Hilfen einzukassieren und dann Filialen wie am Tempelhofer Damm zu schließen. Vielleicht sollte das Land und der Bezirk solchen Unternehmen zukünftig genauer in die Karten schauen und mehr Möglichkeiten haben, regulierend einzugreifen, damit solch ein Schutzschirmverfahren erst gar nicht eingeleitet werden muss.

Elisabeth Wissel



...nen Scheiß regelt der Markt!

DIE LINKE.
LANDESVERBAND BERLIN

Der Podcast

Wiederholungswahl in Tempelhof-Schöneberg – Nicht gut aber auch nicht schlecht

Die Tage nach den Wahlen sind immer wieder aufs Neue die Gelegenheit, auch anhand von Zahlen die ersten Rückschlüsse zu ziehen. Die Wahlergebnisse in Berlin sind ernüchternd und doch sind sie zumindest im Vergleich zu den knappen 5 Prozent bei der Bundestagswahl und den erschütternden Prozentanteilen im Saarland, in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen im Wahljahr 2022, geradezu ein „Sieg“. Während die Ost-Bezirke die höchsten absoluten Verluste hinnehmen mussten, sind die West-Bezirke bei sehr schmerzhaftem Verlust des Fraktionsstatus für die Bezirksfraktionen in Spandau, Steglitz-Zehlendorf und Reinickendorf, prozentual glimpflich davongekommen. Der Ehrlichkeit halber darf natürlich nicht ausgeblendet werden, dass in den Ost-Bezirken der Spielraum für absolut verlorene Stimmen, aufgrund des deutlich höheren Stimmenanteils für DIE LINKE., auch wesentlich höher liegt.

Wie schneidet nun aber DIE LINKE. in Tempelhof-Schöneberg ab? -1,3 Prozent Erststimmen, -1,2 Prozent Zweitstimmen für das AGH und -0,8 Prozent im Bezirksparlament – im Vgl. zu 2016. In Relation zu einem berlinweiten Verlust von -3,1 Prozent Erststimmen, -3,4 Prozent Zweitstimmen und -2,7 Prozent der gesamten Kommunalstimmen – im Vgl. zu 2016, steht DIE LINKE. in Tempelhof-Schöneberg vergleichsweise gut da. Besonders deutlich wird das bei Betrachtung des Wahlverlaufs der letzten drei Wahlen: 2016 – 2021 – 2023. Berlinweit kann von einem „gleichbleibenden Abwärtstrend seit 2016“ gesprochen werden, da sowohl 2021 Stimmen verloren gingen als auch 2023 zu den bestehenden Verlusten zusätzliche hinzugekommen sind. Das gilt für die Erst-, Zweit- und Kommunalstimmen auf etwa selbem Niveau.

Was DIE LINKE. in Tempelhof-Schöneberg angeht, ist die auf Zahlen beruhende Schlussfolgerung also folgende: Während 2021, entgegen dem rückblickend berlinweiten Trend, Stimmen für DIE LINKE. in Tempelhof-Schöneberg prozentual nicht (Zweitstimmen) bzw. kaum (Erststimmen) verloren gingen und bei der Kommunalwahl sogar gewonnen werden konnten, liegt der Verlust im Vergleich zu 2016 dadurch auf deutlich niedrigerem, im Vergleich zu 2021 aber auf nur etwas

niedrigerem Niveau zu gesamt-Berlin.

Diese Zahlen dienen natürlich nur dem ersten Überblick, um grobe Ansätze zu erkennen. 2021 konnte DIE LINKE. in Tempelhof-Schöneberg jedoch bei der Kommunalwahl und in einzelnen Wahlbezirken bis zu 1,7 Prozent an Stimmen hinzugewinnen, die wir 2023 wieder verloren haben. So gesehen können auch inhaltlich die ersten zwei vagen Erkenntnisansätze folgen.

Erstens: „Helfen statt reden“ sollte die klare Linie für unsere Fraktion im Rathaus Schöneberg bleiben, die durch ihre bezirkliche Verankerung und stabilen Wahlergebnisse erneut fünf Sitze verteidigen konnte.

Zweitens: 2021 hat DIE LINKE. Tempelhof-Schöneberg scheinbar Themen gesetzt, die entgegen den berlinweiten Stimmverlusten, durch Stimmengewinne im Bezirk gewürdigt wurden.

Es gilt also, nochmal darauf zurückzublicken und zu fragen, was wir da richtig gemacht haben. Denn trotz dieser bescheidenen ersten Rückschlüsse, „Nicht gut aber auch nicht schlecht“, ist mit dem Protest-Wahlsieg der CDU keine soziale Politik für Berlin in Sicht.

DIE LINKE. in Tempelhof-Schöneberg und DIE LINKE. in Berlin muss sich an die eigene Nase fassen und den „Sieg“ als Gelegenheit auf Zeit verstehen, zu ergründen, worin DAS WESENTLICHE liegt. In Pankow, in Lichtenberg, in Spandau, in Mitte, in Schöneberg, in Tempelhof, in Lichtenrade.

Stanislav Jurk

**Vergesellschaftung
macht's möglich!**

Deutsche Wohnen & Co enteignen umsetzen!

DIE LINKE.
LANDESVERBAND BERLIN

Alexander King: „Erfolgreiche Friedensmobilisierung trotz aller Widerstände“



Gastkommentar von Alexander King MdB, veröffentlicht in der Berliner Zeitung vom 26.2.2023.

Über die Teilnehmerzahl beim Aufstand für Frieden wird gestritten. Fest steht: Es waren sehr, sehr viele. Jeder, der vor Ort war, und jeder, der gestern in Mitte oder Tiergarten unterwegs war, hat es erlebt: Der Zustrom zur Kundgebung am Brandenburger Tor war endlos. Die Polizei musste den abgesperrten Bereich erweitern und Menschenmassen großflächig umleiten – wegen Überfüllung. Der S- und U-Bahnhof Brandenburger Tor wurde zeitweise gesperrt. Die Züge hielten dort nicht mehr. Wer Zeitungen, Flugblätter oder Hochhalteschilder austeilte, stand schnell mit leeren Händen da.

Vormittags waren alle Regionalzüge nach Berlin brechend voll. Und noch Stunden nach der Kundgebung drängten sich Rückreisende im Bahnhof Friedrichstraße. Dazu kamen die vielen Reisebusse, die von lokalen Friedensinitiativen, Gewerk-

schaftern und Kreisverbänden der Linken organisiert worden waren. Basierend auf Ordneraussagen, Foto- und Videomaterial waren es 50.000 Teilnehmer und damit deutlich mehr als die angemeldeten 10.000.

Für die Veranstalter wiegt der Erfolg umso mehr, als wir die Kundgebung in einem sehr kleinen Team innerhalb von nur zwei Wochen auf die Beine stellen mussten. Ohne die Unterstützung durch hauptamtliche Apparate von Parteien, Gewerkschaften, Sozialverbänden oder Kirchen. Und zunächst ohne Budget. Eine echte Graswurzel-Aktion. Die Initiatorinnen haben den Nerv getroffen. Frieden für die Ukraine durch diplomatische Initiativen statt durch immer weitere Waffenlieferungen und einen langen Stellungskrieg, dieses Anliegen teilen viele. Und trotz Eiseskälte, Schnee und Wind war es den Menschen so wichtig, dass sie zu Zehntausenden kamen.

Fortsetzung auf Seite 7

Offenbar hat die Teilnahme Zehntausender an unserer Kundgebung einigen Medien-Vertretern einen regelrechten Schock versetzt. Und dass alles friedlich blieb und das Bild der Kundgebung von ganz normalen friedliebenden Menschen, von, teilweise weit angereisten, Paaren und Familien mit Kindern dominiert war und nicht etwa, wie von einigen Medien und politischen Gegnern herbeigesehnt, von Querfront, AfD & Co., machte es für sie offenbar noch unerträglicher.

Anders kann ich mir den Versuch, die Veranstaltung kleinzuschreiben, nicht erklären.

Die angebliche massenhafte Mobilisierung von Rechten zur Kundgebung, in manchen Medien in der offensichtlichen Absicht herbeschrieben, Menschen von der Teilnahme abzuhalten, hat sich als Mumpitz erwiesen.

So armselig wie der Versuch einzelner versprengter Rechter, die Großkundgebung für ihre Selbstdarstellung zu nutzen, ist der Versuch der Kundgebungsgegner, dies als Beleg für eine rechtslinke Querfront herzunehmen. Im Grunde bedingen sich beide Strategien gegenseitig. Dabei sollte niemand mitmachen.

Die Ansagen von Sahra Wagenknecht von der Bühne aus waren

ohnein eindeutig, ebenso wie die Anweisung an die Ordner, die – ohne Hilfe der Polizei – eine kleine Gruppe von Rechtsradikalen um die Zeitschrift Compact von der Kundgebung entfernten. Und die Linke? Während Tausende Mitglieder und Wähler der Linken aktiv an der Kundgebung teilnahmen, glänzte ihre Führung durch Abwesenheit und gab sich im Vorfeld als Stichwortgeber für die mediale Kampagne gegen unsere Kundgebung her. Das wird sicher noch Gegenstand von Debatten in der Linken sein.

Die unglaublichen und sehr persönlichen Entgleisungen in einigen Medien gegen Wagenknecht („schwarzes Herz“, „von Putin bezahlt“, „Gefahr für die Demokratie“) und – etwas abgeschwächt – gegen Schwarzer gingen auch nach der Kundgebung und trotz ihres guten Verlaufs weiter. Solche Kampagnen sind gefährlich. Nicht nur für die Betroffenen, sondern für die Gesellschaft insgesamt. Sie sollten deshalb dringend Anlass für eine Debatte über die Diskussionskultur in Deutschland geben.

Alexander King ist Abgeordneter der Linkspartei im Berliner Abgeordnetenhaus und war einer der Mitorganisatoren der Friedens-Demo am Brandenburger Tor am Samstag.



Alexander King MdB

Sprecher für Medien, Energie und Entwicklungspolitik
Sprechstunde nach Vereinbarung
buero@alexander-king.de
www.alexander-king.de

STADTBÜRO Tempelhof:
Kaiserin-Augusta-Str. 75
12103 Berlin
Tel: (030) 66 86 42 45
Di., Mi., Do. : 10-16 Uhr

Sprechstunden:

Elisabeth Wissel, BVV:
Montag, 16-18 Uhr
Doris Hammer, Sozialberatung:
2. u. 4. Donnerstag 15-17 Uhr
RA Anna Münzner,
Sozialrechtsberatung:
i.d.R. 3. Mittwoch 15-17 Uhr,
nur nach vorheriger
Anmeldung

KIEZBÜRO Marienfelde:
Hildburghäuser Str. 29
12279 Berlin
Tel: (030) 40 74 89 79
Do.: 10-16 Uhr

Sprechstunden:

Harald Gindra, BVV:
1. und 3. Freitag 12-16 Uhr
Marianne Lampel, Dipl.
Sozpäd., Sozialberatung:
1. und 3. Montag, 15-17 Uhr
Mieterberatung: Termin nach
vorheriger Vereinbarung



DIE LINKE. Tempelhof-Schöneberg

Bezirksgeschäftsstelle:

Feurigstr. 68, 10827 Berlin

Öffnungszeiten i.d.R.:

Di. und Do.: 12-18 Uhr

Mo. und Fr. 12-15 Uhr

(während der Ferienzeit Mo. und Fr. geschlossen)

Tel. : +49 30 21 997 140

Fax: +49 21 729 26

E-Mail: [bezirk\[at\]dielinke-tempelhof-schoeneberg.de](mailto:bezirk[at]dielinke-tempelhof-schoeneberg.de)

Webseite: www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de

Termine

Änderungen möglich.

Bezirksvorstand

15.03.2023., 19 Uhr

Basisorganisation Schöneberg

28.03.23, 19 Uhr

Basisorganisation Tempelhof

23.03.23, 19 Uhr

Marxistischer Lesekreis

11.03.2023, 17 Uhr

Veranstaltungen:

Frauenmärz:

Kiezspaziergang: Starke Frauen sichtbar machen

11.03.2023, 14 Uhr,

Treffpunkt: Kurfürstenstraße
40, 10785 Berlin

Die neue Aussenpolitik ist nicht feministisch!

16.03.2023, 19 Uhr

Kar-Liebknecht-Haus

Sozialrechtsberatung

Claus Förster, RA und

Marianne Lampel, Dipl.

Sozpäd. i.d.R. am 2.

Dienstag im Monat, 16 Uhr in
der Roten Insel. Nur mit
Anmeldung.

Förderprogramm für Balkon- solaranlagen für Menschen mit geringen Einkommen und im selbstgenutzten Wohneigentum öffnen

Am 10.02.23 startet das Programm zur Förderung von Balkonsolaranlagen. Insgesamt sollen 7 Millionen Euro für 14 Tausend Anlagen bereitgestellt werden. Hierzu erklärt der Sprecher für Energie der Linksfraktion, Alexander King:

„Wir begrüßen die Förderung zur Aufstellung von Balkonsolaranlagen durch Mieterinnen und Mieter. Wir hätten uns allerdings gewünscht, dass auch den Eigentümern und Eigentümerinnen von selbstgenutztem Wohneigentum der Zugang zu dieser Förderung ermöglicht worden wäre. Zudem halten wir eine soziale Komponente für sinnvoll. Für Menschen mit einem Sozialpass sollte die Regelfördersumme von 500 Euro deutlich erhöht werden. Denkbar wäre eine

Förderung von bis zu 800 Euro bei einem Mindesteigenanteil von 50 Euro.

Ohne eine solche Sozialkomponente werden Menschen mit geringen Einkommen das Förderprogramm faktisch größtenteils nicht nutzen können, da sie den vorgesehenen Eigenanteil nicht so einfach aufbringen können. Dabei sind es gerade diese Menschen, die von gestiegenen Energiekosten am stärksten betroffen sind. Mit einer Balkonsolaranlage hätten auch sie die Möglichkeit einen Teil ihres Energiebedarfs selbst zu decken.“

Alexander King

Mieter-Aufruf: Gentrifizierung - Wir sind an Ihren Erfahrungen interessiert!

DIE LINKE als kleine Partei in einem großen Bezirk kann nicht überall sein. Wir wollen aber herausfinden, in welchem Umfang und mit welchen Methoden sich Ihre Nachbarschaft verändert. Warum Mieter mit kleinem Einkommen wegziehen müssen und sich die sogenannte „Aufwertung“ von Kiezen breit macht.

Helfen Sie uns dabei! Mieter-Notrufe: Mi. 15-17 Uhr: 902 77 48 98
per E-Mail an: [kontakt\[at\]linksfraktion-ts.de](mailto:kontakt[at]linksfraktion-ts.de) oder per Post an:
DIE LINKE. Tempelhof-Schöneberg, Feurigstraße 68, 10827 Berlin

Impressum Herausgeber: DIE LINKE. Berlin, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Redaktion: DIE LINKE. Tempelhof-Schöneberg; Berliner Bank
IBAN: DE 75 1007 0848 0525 6078 06 BIC: DEUTDEDB110;

Erscheinungsweise: 10-12x jährlich; diese Ausgabe: Auflage: 1000 Exemplare;
V.i.S.d.P.: Bezirksvorstand, Martin Rutsch; Layout: G. Irazoque; Druck: Druckerei
Gottschalk; Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des Autors
oder der Autorin wieder und entsprechen nicht immer der Meinung der
Redaktion oder des Bezirksvorstandes. Planung für die nächste Ausgabe:
4.03.2023, Redaktionsschluss der Winter 2023-Ausgabe: 15.02.2023.
Schlussredaktion 28.02.2023. Diese Ausgabe erscheint voraussichtlich online
am 01.03.2023. In Druckversion am 03. März 2023.